



Österreichischer Städtebund

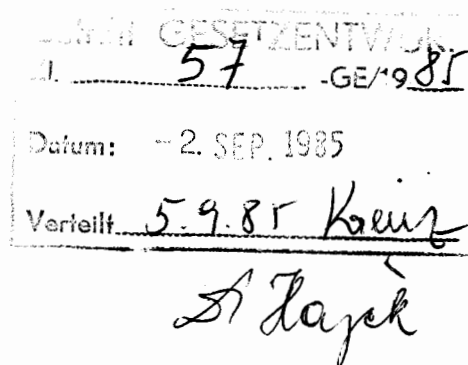
Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Kriegsopferversor-
gungsgesetz 1957 und das Heeres-
versorgungsgesetz geändert werden

Wien, am 28. August 1985
Bucek/Bgm
Klappe 2236
033-695/85

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien



Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 8. Juli 1985, Zahl
41.010/1-1/1985, vom Bundesministerium für soziale Verwaltung
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegs-
opferversorgungsgesetz 1957 und das Heeresversorgungsgesetz
geändert werden, gestattet sich der Österreichische Städtebund,
anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

(Reinhold Suttner)
Generalsekretär

Beilage



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Kriegsopferversor-
gungsgesetz 1957 und das Heeres-
versorgungsgesetz geändert werden

Wien, am 28. August 1985
Bucek/Bgm
Klappe 2236
033-695/85

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 8. Juli 1985, Zl. 41.010/1-1/1985, über-
mittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopfer-
versorgungsgesetz 1957 und das Heeresversorgungsgesetz geändert
werden, beehrt sich der Österreichische Städtebund mitzuteilen,
daß dagegen keine Einwendungen erhoben werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der
Parlamentsdirektion übermittelt.

(Reinhold Suttner)

Generalsekretär